

Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Vereinbarung über die Nutzung von Kommunikationsdiensten in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz für externe Personen und Einrichtungen (Benutzungsordnung Kommunikationsdienste für Externe)

Präambel

Die nachfolgende Vereinbarung beschreibt wichtige Grundregeln für die Nutzung von Kommunikationsdiensten in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) für externe Nutzer. Externe Nutzer sind Personen, die nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zur SPK stehen. Als Kommunikationsdienste werden Internetdienste wie beispielsweise E-Mail und World Wide Web aber auch interne Kommunikationsdienste bezeichnet, welche lokale und einrichtungsübergreifende Netzwerke der SPK (Intranet) nutzen.

§ 1 Anwendungsbereich

- (1) Diese Vereinbarung regelt die Nutzung der vorhandenen informationstechnischen Einrichtungen, soweit sie der Kommunikation über Netze dienen, durch externe Nutzer.
- (2) Insbesondere gilt diese Vereinbarung für die Nutzung des Wissenschaftsnetzes (WiN) und aller Dienste des Deutschen Forschungs-NetzesNetz (DFN-Dienste), des Internets, des einrichtungsübergreifenden Netzes der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK-Netz) und allen davon berührten Diensten.

§ 2 Nutzung

- (1) Die Kommunikationsdienste der SPK können von den Beschäftigten der SPK in Anspruch genommen werden. Die SPK kann darüber hinaus Dienste für externe Nutzer erbringen.
- (2) Die Zulassung zur Nutzung der Kommunikationsdienste für externe Nutzer erfolgt durch Erteilung einer Nutzungserlaubnis. Diese wird von den IT-Verantwortlichen der jeweiligen Einrichtung der SPK auf Antrag des Nutzers erteilt.
- (3) Die Nutzungserlaubnis ist auf das beantragte Vorhaben beschränkt und ist zeitlich befristet.
- (4) Zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen und störungsfreien Betriebs kann die Nutzungserlaubnis mit einer Begrenzung der Rechen- und Onlinezeit sowie mit anderen nutzungsbezogenen Bedingungen und Auflagen verbunden werden.
- (5) Die Nutzungserlaubnis kann ganz oder teilweise versagt, widerrufen oder nachträglich beschränkt werden, insbesondere wenn
 - a. kein ordnungsgemäßer Antrag vorliegt oder die Angaben im Antrag nicht oder nicht mehr zutreffen,
 - b. die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Nutzung des SPK-Netzes nicht oder nicht mehr gegeben sind,

- c. die vorhandenen Ressourcen für die beantragte Nutzung ungeeignet oder für besondere Zwecke reserviert sind,
- d. die Kapazität der Ressourcen, deren Nutzung beantragt wird, wegen einer bereits bestehenden Auslastung für die geplante Nutzung nicht ausreicht,
- e. zu erwarten ist, dass durch die beantragte Nutzung andere berechnigte Vorhaben in unangemessener Weise beeinträchtigt werden.

§ 3 Betrieb/Dienste

- (1) Betreiber der Kommunikationsdienste ist die SPK.
- (2) Die Systemverantwortlichen der Einrichtungen der SPK sorgen für einen ordnungsgemäßen Betrieb der Kommunikationsdienste und aller damit verbundenen informationstechnischen Einrichtungen. Zu ihren Aufgaben zählen insbesondere:
 - a. die Verwaltung der Ressourcen, der technischen Systeme und die Benutzerverwaltung,
 - b. die Regelung des Zugangs zu den vorwiegend für die Nutzung von Kommunikationsdiensten vorgesehenen technischen Einrichtungen und des Umfangs der Nutzung, insbesondere zeitlicher Beschränkungen und von Benutzungsprioritäten,
 - c. die Durchführung technischer Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen, insbesondere des Datenschutzes sowie der Datensicherheit,
 - d. die Dokumentation aller für den reibungslosen technischen Betrieb der Kommunikationsdienste notwendigen Parameter.

§ 4 Nutzungsregeln/missbräuchliche Nutzung

- (1) Von den externen Nutzern wird eine sachgerechte und verantwortungsvolle Nutzung der Kommunikationsdienste erwartet.
- (2) Es ist untersagt,
 - a. anderen Personen den unbefugten Zugriff auf das SPK-Netz, beispielsweise durch die Weitergabe von Passwörtern, zu ermöglichen sowie
 - b. Kommunikationsdienste zur Leistungs- und/oder Verhaltenskontrolle von Beschäftigten der SPK zu verwenden.
- (3) Unzulässig ist jede absichtliche oder wissentliche Nutzung des Internets, die geeignet ist, den Interessen oder das Ansehen der SPK oder ihrer Einrichtungen in der Öffentlichkeit zu schaden, die Sicherheit des SPK-Netzes zu beeinträchtigen oder gegen geltende Rechtsvorschriften zu verstoßen. Dies gilt insbesondere für vorsätzliche Handlungen wie
 - a. das Abrufen oder Verbreiten von Inhalten, die gegen persönlichkeitsrechtliche, urheberrechtliche oder strafrechtliche Bestimmungen verstoßen,
 - b. das Abrufen oder Verbreiten von beleidigenden, verleumderischen, verfassungsfeindlichen, rassistischen, sexistischen, Gewalt verherrlichenden oder pornografischen Äußerungen und Abbildungen,
 - c. das unbefugte Verändern, unbefugte Kopieren oder Vernichten von Daten oder Programmen anderer Nutzerinnen oder Nutzer,
 - d. das Verbreiten von Computerviren oder die Inbetriebnahmen von virenbefallener Hardware,

- e. ein Angreifen, Umgehen oder Unbrauchbarmachen von Sicherheitseinrichtungen,
- f. Netzstörungen oder -behinderungen, z.B. durch ungesichertes Experimentieren im Netz oder durch nicht angekündigte und nicht erforderliche massive Belastungen zum Nachteil anderer,
- g. unbefugte Erweiterung des Netzes durch einen Netzwerk-Switch.

Als missbräuchliche Nutzung ist es ebenfalls anzusehen, wenn externe Nutzer bei fahrlässigem Fehlverhalten durch geeignete Maßnahmen (Belehrung, Schulung, spezifische Handlungsanweisung) auf die Problematik hingewiesen werden und das Fehlverhalten trotzdem wiederholen.

- (4) Die missbräuchliche Nutzung von Kommunikationsdiensten kann schadenersatz- oder vertragsrechtliche Konsequenzen haben, wenn der Missbrauch für den externen Nutzer erkennbar war oder nach den Umständen erkennbar sein musste.

§ 5 Sicherheit

- (1) Es gelten die im IT-Sicherheitskonzept der SPK verankerten Maßnahmen des IT Grundschutzes und die damit zusammenhängenden Mittel, Abläufe und Verantwortungsbereiche.
- (2) Der externe Nutzer hat in eigener Verantwortung die von ihm verarbeiteten oder gespeicherten Daten gegen unbefugte Zugriffe zu schützen. Hierbei spielen insbesondere der Datenschutz, die Datensicherung und das Scannen nach Viren eine entscheidende Rolle.
- (3) Einschränkungen bei den Möglichkeiten der Nutzung von Kommunikationsdiensten dienen in der Regel der Sicherheit des SPK-Netzes und der hier vorhandenen Daten.
- (4) Der Übergang vom SPK-Netz zu externen Netzen wird durch eine Firewall vor externen Bedrohungen geschützt. Durch verantwortungsbewusstes Handeln stellt der externe Nutzer sicher, dass die verbleibenden Risiken minimiert werden.

§ 6 Haftungseinschränkungen und Haftungsausschlüsse

- (1) Es besteht keine Garantie für die ständige Verfügbarkeit bzw. jederzeitigem Zugang zu den Kommunikationsdiensten.
- (2) Die Systemverantwortlichen übernehmen keine Garantie dafür, dass die Systemfunktionen den speziellen Anforderungen des Nutzers entsprechen oder dass die Kommunikationsdienste fehlerfrei und ohne Unterbrechung laufen.
- (3) Die SPK haftet nicht für Schäden, die dem externen Nutzer aus der Inanspruchnahme der Kommunikationsdienste entstehen.